

Habeck streicht Atomkraft aus Energieforschungsprogramm

Welt, 17.04.2023, Daniel Wetzel

https://www.welt.de/wirtschaft/energie/plus244817632/Robert-Habeck-streicht-Atomkraft-aus-Forschungsprogramm.html?sc_src=email_4175698&sc_lid=425976511&sc_uid=9b9AoAfTYB&sc_lid=1809&sc_cid=4175698&cid=email.crm.redaktion.newsletter.wirtschaft&sc_eh=94c824e22aa172ca1

Der Bundeswirtschaftsminister will zentrale Zuständigkeit für Nuklear-Wissenschaften auf mehrere Fachressorts verteilen. Federführend ist künftig das Umweltministerium. Deutsche Kernphysiker reagieren irritiert auf die Neuordnung.

Die Atomforschung soll künftig nicht mehr Teil der zentralen Forschungsvorhaben der Bundesregierung sein. Das geht aus einem Schreiben des Staatssekretärs im Bundeswirtschaftsministerium, Patrick Graichen, an mehrere Bundesministerien hervor.

Das Schreiben mit der Betreffzeile „Eckpunkte für das 8. Energieforschungsprogramm“ liegt WELT AM SONNTAG vor. Darin heißt es: „Nukleare Forschungsthemen sollen künftig als Elemente der jeweiligen Politikbereiche außerhalb des Energieforschungsprogramms fortgeführt werden.“

Das 2018 verabschiedete 7. Energieforschungsprogramm der damaligen großen Koalition aus CDU und SPD hatte dem Bereich „Nukleare Sicherheitsforschung“ noch ein ganzes Kapitel mit speziellen Abschnitten zu den Themen Reaktorsicherheitsforschung, Entsorgungs- und Endlagerforschung sowie Strahlenforschung gewidmet.

Trotz der damals bereits beschlossenen Abschaltung der deutschen Kernkraftwerke sei „die kontinuierlich staatlich geförderte nukleare Sicherheits- und Entsorgungsforschung für Erhalt und Ausbau von technisch-wissenschaftlicher Kompetenz langfristig essenziell“. Sie gewährleiste „die unabhängige Prüfung, Bewertung und Weiterentwicklung nationaler und internationaler Sicherheits- und Entsorgungskonzepte“.

Das Bundeswirtschaftsministerium bestätigte die geplante Herausnahme der Kapitel aus dem Folgeprogramm. Dies bedeute jedoch nicht automatisch eine Kürzung der Forschungsförderung. Die Zuständigkeit und damit auch die Haushaltsverantwortung für die Projektförderung zur nuklearen Sicherheitsforschung sei vom Bundeswirtschaftsministerium auf das Umweltministerium übergegangen.

Auch das Bundesforschungsministerium „fördert im Sinne des Kompetenzerhalts Forschungsprojekte in diesem Bereich“, sagte eine Sprecherin von Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne): „Die Maßnahmen zur Projektförderung in der nuklearen Sicherheitsforschung werden somit fortgeführt und vor diesem Hintergrund neu sortiert.“

Kerntechnikexperten sind irritiert

Führende Kerntechnikexperten äußerten sich gleichwohl irritiert. „Das Energieforschungsprogramm des Bundes ist für uns sehr wichtig“, sagte Jörg

Starflinger, Geschäftsführender Direktor des Instituts für Kernenergetik und Energiesysteme an der Universität Stuttgart. „Das Programm erhöht die Sichtbarkeit der Nuklearwissenschaft, die Transparenz der Forschungsförderung und spielt nicht zuletzt bei der Gewinnung von wissenschaftlichem Nachwuchs eine wichtige Rolle.“

Ähnlich äußerte sich Marco K. Koch, Leiter der Arbeitsgruppe „Plant Simulation and Safety“ an der Ruhr-Universität Bochum. Das Bundesprogramm erleichtere die Abstimmung zwischen den Ministerien und trage zur Kontinuität der Forschung bei. „Es ist wichtig, dass es in Deutschland weiterhin Kompetenzen gibt, neue Entwicklungen im Bereich Nukleartechnik bewerten zu können.“

Der Präsident der Deutschen Akademie für Technikwissenschaften, Jan Wörner, wies darauf hin, dass wissenschaftliche Kompetenzen allein schon für die Endlagerung der nuklearen Abfälle gesichert werden müssen, die womöglich erst in rund 40 Jahren beginnt. „Forschung heißt immer: einen langen Atem haben“, sagte Wörner im Gespräch mit dieser Zeitung: „Die Zeit der Kernspaltung ist noch lange nicht vorbei.“

Lukas Köhler, Klimapolitiker in der FDP-Bundestagsfraktion, kritisierte die Änderung: „Das Abschalten der aktuell laufenden Kraftwerksgeneration darf nicht dazu führen, dass wir uns neuen Reaktortypen von vornherein verschließen“, sagte Köhler: „Und da Forschung immer die Grundlage für technologischen Fortschritt ist, wäre es ein Fehler, der Wissenschaft ideologische Steine in den Weg zu legen.“

Dem Vernehmen nach sieht auch das Bundesforschungsministerium den Ausschluss der Nuklearthemen aus dem Bundesprogramm kritisch. Nach unbestätigten Berichten aus dem Umfeld soll sich das Forschungsministerium dafür eingesetzt haben, zumindest die Erforschung der Kernfusion im Programm zu belassen.

Eine Bestätigung oder Stellungnahme des von Bettina Stark-Watzinger (FDP) geführten Hauses lag bis Redaktionsschluss allerdings nicht vor. Das neue Energieforschungsprogramm soll noch vor der Sommerpause veröffentlicht werden.